

## Mehr Dynamik zur Beendigung der Armut

### Positive Trends und neue Versprechen – aber zur Erreichung der Entwicklungsziele bedarf es noch mehr

Der Weltgipfel 2005 wird die Krönung einer dynamischen Periode für die Entwicklung bilden und Gelegenheit bieten, eine Bilanz über die bisherigen Fortschritte zu ziehen und die notwendigen wichtigen Schritte zu unternehmen, um die weltweiten Bemühungen um die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und ihrer vorrangigen Forderung nach einer Halbierung der extremen Armut bis zum Jahr 2015 zu beschleunigen.

Meldungen über das Auftreten neuer Marktwirtschaften – machtvoll angeführt von Brasilien, China und Indien – haben ihren Weg von den Wirtschafts- auf die Titelseiten der Weltpresse gefunden. Entwicklungsländer arbeiten sich die Leiter des Welthandels empor und ähnliche Entwicklungen sind bei den grenzüberschreitenden Investitionen festzustellen (*siehe Tabelle 1*). Seit 2003 haben die Entwicklungsländer ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichnet, das sich nahezu gleichmäßig in Lateinamerika, Afrika und Asien verteilt.

Eine „globale Partnerschaft für die Entwicklung“ hat ebenfalls Fortschritte gemacht. Entwicklungsländer bemühen sich um Politiken und Investitionen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Bekämpfung der Korruption und die vorrangige Berücksichtigung von Gesundheit und Bildung bei den Staatsausgaben.

Nach dem Millenniumsgipfel 2000 und der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey, Mexiko, haben die Industrieländer ihrerseits ihre öffentliche Entwicklungshilfe von US\$ 52 Milliarden

im Jahr 2002 auf US\$ 79 Milliarden im Jahr 2004 angehoben. Die auf dem Gipfel der G-8 im Juli 2005 gefassten Beschlüsse könnten die öffentliche Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 auf US\$ 129 Milliarden steigern. Außerdem billigte die G-8 Tagung einen Schuldenerlass in Höhe von US\$ 40 Milliarden für 18 Länder mit geringem Einkommen.

Die in Monterrey verabschiedeten Vereinbarungen über Entwicklungsfinanzierung und die Beschlüsse des Johannesburg-Gipfels von 2002 über nachhaltige Entwicklung sind für die weitere Ausgestaltung der Partnerschaft zwischen Entwicklungs- und Industriestaaten von grundlegender Bedeutung. Der Deal dabei ist, dass die Entwicklungsländer für eine marktfreundliche sowie sozial und ökologisch verantwortliche Regierungsführung sorgen und dabei Disziplin, Fairness und Offenheit fördern und die Korruption bekämpfen sollen. Auf dieser Grundlage wollen die Industriestaaten Hilfe zur Verfügung stellen, wo diese gebraucht wird, und sich für eine handels-, investitions- und technologiefreundliche internationale Umwelt für die Entwicklungsländer einsetzen.

Die Herausforderungen der Millenniums-Entwicklungsziele sind nicht ohne nachhaltigen Eindruck bei den nationalen Regierungen – auch bei den Geberländern, bei den internationalen Finanzinstitutionen, der Zivilgesellschaft und den Medien geblieben. Oft gab es heiße Debatten darüber, wie diese Ziele und andere bei internationalen Konferenzen ausgearbeitete Vorhaben verwirklicht werden sollen.

**Tabelle 1: Wachsende Rolle der Entwicklungsländer im Welthandel und bei den Investitionen**

<b>US\$ 2.038 Milliarden</b>	Wert der Entwicklungsländerexporte im Jahr 2000
<b>US\$ 2.948 Milliarden</b>	Wert im Jahr 2004
<b>5,8 Prozent</b>	Durchschnittliches Jahreswachstum der Industriestaatenexporte, 2001-2003
<b>7,4 Prozent</b>	Durchschnittliches Jahreswachstum der Entwicklungsländerexporte, 2001-2003
<i>Quelle: Weltwirtschaftslage und -aussichten 2005, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Vereinte Nationen</i>	
<b>US\$ 158 Milliarden</b>	Direkte Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern im Jahr 2002
<b>US\$ 255 Milliarden</b>	Direkte Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern im Jahr 2004
<b>23 Prozent</b>	Anteil der Entwicklungsländer an weltweiten direkten Auslandsinvestitionen 2002
<b>42 Prozent</b>	Anteil der Entwicklungsländer 2004
<i>Quelle: Weltinvestitionsbericht 2004, Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), Ergänzung 2005</i>	

Man ist sich jetzt weit gehend darüber einig, dass die Bekämpfung der Armut und schließlich ihre gänzliche Beseitigung durchführbare Aufgaben sind, die nicht länger auf die lange Bank geschoben oder als unrealistische Vorhaben abgetan werden sollten.

## Die Armut ist noch nicht Geschichte

Aber neben diesen positiven Entwicklungen zeigen sich auch Schwächen.

Wie das Millenniumsprojekt der Vereinten Nationen im Januar 2005 in seinem Bericht ([www.Millenniumproject.org](http://www.Millenniumproject.org)) zeigt, fehlt es in vielen der ärmsten Länder noch immer an ausreichender Dynamik auf dem Gebiet der Exporte oder der Investitionsanreize, um aus der „Armutsfalle“ ausbrechen zu können. Viele dieser Länder, die unter schwachen heimischen Märkten, geringer Ausbildung ihrer Arbeitskräfte, aber auch unter geografischer Isolierung, Bürgerkriegen, Krankheiten und Epidemien oder anderen Faktoren leiden, liegen in Afrika.

Wirtschaftliche Fortschritte haben Hunderte Millionen Menschen aus extremer Armut befreit, aber auch Hunderte Millionen nicht auf ihrem Weg mitgenommen. Nicht nur in Afrika sondern in vielen Teilen der Welt werden die Millenniums-Entwicklungsziele auf dem Gebiet der Gesundheit, der Bildung oder der Förderung von Frauen und Mädchen bis zum Jahr 2015 nicht erreicht werden, wenn nicht energischer gehandelt und zielgerichteter interveniert wird.

Der jüngste Schuldenerlass von US\$ 40 Milliarden ist im Vergleich zu den Gesamtschulden der Entwicklungsländer in Höhe von US\$ 1,8 Billionen relativ geringfügig. Die Fortschritte in den seit Doha, Katar, 2001 begonnenen Handelsverhandlungen, die den Entwicklungsländern gleiche Wettbewerbsbedingungen einräumen sollten, verlaufen eher zäh. Und obwohl der Anstieg der Rohstoffpreise in den letzten Jahren zur Ankurbelung eines raschen Wachstums beitrug, liegen die Preise immer noch unter den historischen Werten.

## Einige wichtige Vorschläge

Bei den Verhandlungen während der Vorbereitungen für den Weltgipfel 2005 lag das Schwergewicht bei bestimmten Kernfragen, die von Handel, Entwicklungshilfe und Verschuldung bis zur Gesundheit und Bildung sowie zur Beschäftigungspolitik, Migration, Wissenschaft und Forschung reichten.

Die Geberländer haben die Erreichung des seit vielen Jahren von den Vereinten Nationen verfolgten Ziels erörtert, 0,7 Prozent ihres Bruttonationalprodukts für Entwicklungshilfe aufzubringen. Im Vorjahr lag der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe lediglich bei 0,25 Prozent ihres Nationaleinkommens und damit wesentlich unter den Beträgen in früheren Jahrzehnten (siehe Tabelle 2). Es ist ein sehr ermutigendes Zeichen, dass sich die Europäische Union im Frühjahr 2005 offiziell zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels bekannt hat.

Auch Vorschläge über **alternative Finanzquellen** wurden erörtert – u.a. die Schaffung einer Internationalen Finanzfazilität, die die Auszahlung der Entwicklungshilfe durch Anleihen gegen künftige Zahlungsverpflichtungen in einem Ausmaß sicherstellen soll, das für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 erforderlich ist. So wie bei der Frage der raschen Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels drehte sich die Debatte auch um die Kapazität der armen Länder, diese Hilfe auch wirksam einsetzen zu können. Dabei wurde immer wieder auf die Bedeutung von Handel, Investitionen und der heimischen Wirtschaftsumwelt verwiesen.

Breite Unterstützung fanden Konzepte, die „**rasche Gewinne**“ versprochen. Dabei handelt es sich um kostengünstige, von den Empfängerländern ausgehende und den Gebern unterstützte Interventionen, wie z.B. die Verteilung von Anti-Malaria-Bettnetzen, kostenlose Schulauspeisungen unter Verwendung vor Ort hergestellter Nahrungsmittel, sowie der Entfall von Gebühren für Grundschulen und Gesundheitsvorsorge.

Grundsätzliche Unterstützung gibt es auch für eine erfolgreiche Beendigung der Doha-**Handelsgespräche**. Auch dazu könnte der Gipfel entsprechende Impulse bringen. Die tatsächlichen Bedingungen müssen zwar auf dem Ministertreffen der WTO im Dezember in Hongkong ausgearbeitet werden, aber ein Vorschlag an den UN-Gipfel könnte auch außerhalb der WTO-Gespräche umgesetzt werden: die Gewährung von zoll- und quotenfreien Zugängen für Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs). Auch über die Vertretung der Entwicklungsländer in der WTO und den Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds), sowie über die Rolle der Vereinten Nationen bei der politischen Entscheidungsfindung in Entwicklungsfragen wurde beraten.

Die Frage der globalen Erwärmung und des **Klimawandels** waren ebenfalls Gegenstand heftiger Debatte. Zunehmend wird anerkannt, dass es einen Klimawandel gibt und dass dieser mit beunruhigenden, wenn nicht katastrophalen Folgen einhergeht. Über die erforderlichen Maßnahmen, darunter über die Wirksamkeit des Kyoto-Protokolls, gibt es aber noch nach wie vor Meinungsverschiedenheiten. Die Regierungen befassten sich in diesem Zusammenhang auch mit der Notwendigkeit der Entwicklung von Vorkehrungen, die nach dem Auslaufen der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls 2012 wirksam werden sollen.

Die Bekämpfung von **HIV/Aids** bleibt weiterhin ein Spitzenthema auf der Entwicklungsagenda. **Wissenschaft und Technik** wurden als grundlegende Bereiche für den Entwicklungsprozess bestätigt.

Die **Gleichstellung** der Geschlechter und die Ermächtigung der Frau werden als entscheidende Voraussetzungen für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele anerkannt und die Notwendigkeit der Förderung der Frauenrechte wurde neuerlich bekräftigt.

Der Generalsekretär hat vor kurzem den Problem-**bereich der Migration** als eine der neuen Herausforderungen der Organisation im 21. Jahrhundert bezeichnet. Der Zusammenhang zwischen internationaler Migration und Entwicklung und die notwendige Koordination zwischen den Sende- und Empfängerländern zur bestmöglichen Bewältigung dieser Herausforderung werden immer stärker erkannt. Die Debatte über diese Verhandlungen wird durch den Bericht einer unabhängigen Kommission über Migration, der im Oktober vorgelegt werden soll, noch weiter vorangebracht werden. 2006 wird die Generalversammlung einen hochrangigen Dialog über Migration und Entwicklung einberufen.

Die Vorschläge, die den Staats- und Regierungschefs auf dem Weltgipfel 2005 vorgelegt werden, befassen sich auch mit **Ländern mit besonderem Hilfsbedarf**. Dazu gehören die am wenigsten entwickelten Länder, sowie die

Binnenländer und kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern. Die Notwendigkeit internationaler Hilfe für diese Länderkategorie rückt immer stärker ins Bewusstsein der internationalen Staatengemeinschaft. Die Tsunami-Katastrophe rief uns im Vorjahr nachhaltig in Erinnerung, wie verwundbar Inseln und Küstenlandstriche sein können, aber auch Hügel- und Bergland ist immer wieder durch Muren und Erdbeben gefährdet.

Die **besonderen Bedürfnisse Afrikas** bleiben weiter ein vorrangiges Anliegen. Der jüngste wirtschaftliche Fortschritt auf dem Kontinent und die Schaffung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) bieten erste Ansätze zur Hoffnung. Dies gilt auch für das Versprechen der G8 in diesem Jahr, die Hilfe für Afrika bis 2010 zu verdoppeln, oder die Maßnahmen zur Marktöffnung, wie sie etwa von den Vereinigten Staaten angekündigt wurden.

**Tabelle 2: Anstieg und Fall der Entwicklungshilfe als Anteil am Bruttosozialprodukt der Industriestaaten**

<b>&gt; 0,5</b>	Prozent des Bruttosozialprodukts der Industriestaaten für öffentliche Entwicklungshilfe in den 1960er Jahren
<b>0,36</b>	Prozent des BSP 1988
<b>0,31</b>	Prozent des BSP 1992-1993
<b>0,21</b>	Prozent des BSP 2000
<b>0,25</b>	Prozent des BSP 2003 und 2004
<b>0,7</b>	UNO-Ziel für den Anteil des BSP in den Geberländern für öffentliche Entwicklungshilfe, das 11 EU-Länder bis zum Jahr 2015 erreichen wollen und das zur Zeit von fünf Ländern erreicht bzw. überschritten wird (Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden)
<b>US\$ 226</b>	Durchschnittliche Jahreskosten pro Person in den Geberländern zur Erreichung des 0,7 Prozent-Zieles (gemessen am Bruttosozialprodukt des Jahres 2002).

*Nach Berechnungen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).*

\* \* \* \* \*